

Dritter Bericht zur Umsetzung des Gender Mainstreaming-Konzeptes der Landesregierung

- Bestandsaufnahme seit 2005 -



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Justiz und Gleichstellung

Der dritte Umsetzungsbericht zum Gender Mainstreaming-Konzept bilanziert die Vorhaben und Aktivitäten der Landesregierung Sachsen-Anhalts für die Jahre 2005 bis 2012. Die vorliegende Fassung ist dem „Gender Mainstreaming-Konzept der Landesregierung 2012 bis 2016“ als Anlage beigefügt, das am 30. April 2013 vom Kabinett beschlossen wurde.¹

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
1. IMAG Gender Mainstreaming	03
2. Unterstützung der politischen Führung	07
3. Gender Mainstreaming-Anwendungsprojekte.....	07
4. Arbeitshilfe "Gender Mainstreaming bei Kabinettsvorhaben".....	10
5. Gender Mainstreaming-Controlling.....	11
6. Weitere Qualifizierung der geschlechterdifferenzierten Datenbasis sowie der handlungsleitenden Auswertung von Daten.....	12
7. Forschungsprojekte.....	13
8. Erweiterung der Gender Mainstreaming-Kompetenz.....	13
Abkürzungsverzeichnis	16

¹ Kabinettsvorlage des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung, Nr. 0563 vom 22.04.2013

In Auswertung des zweiten Umsetzungsberichts zum „Konzept der Landesregierung zur systematischen Einbeziehung des Ziels der Chancengleichheit von Frauen und Mädchen in sämtliche Politikbereiche“ wurde im Oktober 2004 das „Arbeitsprogramm 2005/2006“ mit vielfältigen Projekten und Aktivitäten der Ressorts² beschlossen. Die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) unter Leitung des Ministeriums für Gesundheit und Soziales nahm dabei ihre Koordinierungs- und Steuerungsaufgaben wahr und unterstützte gemeinsam mit dem G/I/S/A die Ressorts bei ihren Vorhaben.

1. Weiterführung der IMAG Gender Mainstreaming

In den regelmäßig terminierten Sitzungen berichteten die Gender Mainstreaming-Verantwortlichen der Häuser über Erfahrungen und Hemmnisse bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming in ihren Ressorts. Den Schwerpunkt der Beratungen bildeten zumeist die Gender Mainstreaming-Anwendungsprojekte der Häuser. Gemeinsam wurden Lösungsvarianten beraten und Hilfestellungen gegeben. Regelmäßig fand eine Bewertung und Dokumentation der Anwendungsprojekte nach den durch die IMAG vorgegebenen Rastern statt. Der mit den Projekten eingeleitete modellhafte Umsetzungsprozess von Gender Mainstreaming wurde bewertet und Empfehlungen wurden zum Transfer der Produkte abgeleitet.

Im Oktober 2006 führte die IMAG einen Workshop zu Fragen der strategischen Weiterentwicklung von Gender Mainstreaming in Sachsen-Anhalt durch. Im Ergebnis wurden folgende Grundsätze zusammengetragen, die die IMAG als wesentlich für die Fortsetzung des erfolgreichen Prozesses einschätzte:

- Festlegung gleichstellungspolitischer Landesziele
- Verknüpfung von Verwaltungsmodernisierungsprozessen (Haushalt, Steuerung, Controlling) und Landesstrategien mit Gleichstellung
- sichtbares Engagement der obersten Führungsebenen
- weitere Entwicklung von Gender Mainstreaming-Kompetenz, einschließlich Coaching
- weitere Verbesserung der geschlechterdifferenzierten Datenbasis als Grundlage von Analysen
- Transfer der Ergebnisse der Gender Mainstreaming-Anwendungsprojekte in das reguläre Verwaltungshandeln (Verbindlichkeit)

Im Jahr 2007 brach die kontinuierliche Arbeit der IMAG ab und damit auch die Steuerung und Koordinierung des Gender Mainstreaming-Implementierungsprozesses in den Ministerien. In den Jahren 2007 und 2008 gab es zudem kein externes Beratungs- und

² Kabinettsbeschluss vom 19. Oktober 2004

Unterstützungsangebot im Bereich Gender Mainstreaming. Für die Folgejahre ergibt sich daher für die Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Landesverwaltung ein sehr differenziertes Bild. In einigen Ressorts wurde die Arbeit fortgesetzt, in anderen verlief sie eher zögerlich.

Am 4. Februar 2009 berief das Ministerium für Gesundheit und Soziales ein Vorbereitungstreffen ein, um die IMAG-Arbeit wieder aufzunehmen. Neben den IMAG-Mitgliedern nahmen auch Vertreterinnen des Landes in der AG Chancengleichheit des Bundes, des Landesfrauenrates und des WiSo-Kompetenzzentrums an der Veranstaltung teil. Das Treffen diente vor allem der Vorbereitung der Ausschreibung zu den „Gender Mainstreaming Werk- und Dienstleistungen in Sachsen-Anhalt 2009-2014“.

Im April 2009 unterzeichnete das Land Sachsen-Anhalt zwei Werk- und Dienstleistungsverträge mit unterschiedlicher inhaltlicher Ausrichtung. Das Gender-Institut Sachsen-Anhalt (G/I/S/A) erhielt den Zuschlag für die Unterstützung des Landes bei der Einbeziehung von Gender Mainstreaming durch Bildung, Beratung und Prozessbegleitung, Öffentlichkeitsarbeit sowie für die Durchführung von Forschungsprojekten. Mit der init AG für Digitale Kommunikation aus Berlin wurde vertraglich vereinbart, eine webbasierte Informations- und Kommunikationsplattform für Gender Mainstreaming zu errichten.

Die IMAG Gender Mainstreaming nahm am 12. November 2009 kurzzeitig ihre Arbeit auf. Die Mitglieder befassten sich mit der Erarbeitung eines Gender Mainstreaming-Konzeptes für Sachsen-Anhalt und mit dem dritten Bericht zur Umsetzung des Gender Mainstreaming-Konzeptes der Landesregierung. Weitere Schwerpunkte bildeten die Geschlechtergleichstellung im europäischen Kontext, der Entwicklungsstand der geplanten Gender Mainstreaming-Internetplattform durch die init AG Berlin sowie die Darstellung des Leistungskataloges des G/I/S/A.

In der Veranstaltung wurden Aufgaben und Ziele der IMAG sowie die von den Ressorts abgeforderten Zuarbeiten für die Berichterstattung und das Landeskonzept kontrovers diskutiert. Auf Grund personeller Veränderungen konnten die im Protokoll festgelegten wesentlichen Verabredungen nicht bzw. nur marginal umgesetzt werden. Im Oktober 2010 erfolgte die Neubesetzung der Stelle der Gender Mainstreaming-Referentin im Ministerium für Gesundheit und Soziales. Danach wurde die Arbeit zur Implementierung von Gender Mainstreaming in Sachsen-Anhalt aktiv fortgesetzt. Die Arbeit konzentrierte sich insbesondere auf die Schaffung einer sachlich fundierten Basis für die Realisierung des Ziels

der Geschlechtergleichstellung auf der Ebene der EU-Fonds (ESF/EFRE und ELER) und auf der Ebene der Landesverwaltung.

Mit der Regierungsbildung im Mai 2011 fand eine Umressortierung des Bereiches Frauen, Gleichstellung und Gender Mainstreaming vom Sozial- in das Justizministerium statt. Weiter entstand mit Kabinettsbeschluss vom 22. Mai 2012 eine Leitstelle für Frauen- und Gleichstellungspolitik, die direkt der Gleichstellungsministerin unterstellt ist. Dieser Leitstelle sind die beiden Referate Koordinierungsbüro Gender Mainstreaming sowie Frauen- und Gleichstellung zugeordnet.

Das Koordinierungsbüro berief die IMAG Gender Mainstreaming in der laufenden Legislatur erstmals am 18. November 2011 ein. Sie tagt seitdem regelmäßig. Im Interesse einer guten Vernetzung nimmt neben den Vertretungen aus den Ressorts auch eine Vertreterin des beim Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt angesiedelten Beirates „Frauen in Führungsfunktionen“ an den IMAG-Beratungen teil und berichtete sowohl in der IMAG regelmäßig über die Arbeit des Beirates als auch umgekehrt im Beirat über die Aktivitäten der IMAG.

Im Mittelpunkt der ersten IMAG-Sitzung des Jahres 2011 standen die politische Standortbestimmung und die Ableitung von Zielstellungen aus der Koalitionsvereinbarung für die Legislaturperiode, der Weg zur konzeptionellen Neuausrichtung von Gender Mainstreaming in der Landesverwaltung (Gender Mainstreaming-Konzept) und die Rolle der IMAG in diesem Prozess. Außerdem führte die IMAG den Zieleworkshop „Frauen in Führungspositionen in der Landesverwaltung Sachsen-Anhalts“ durch, in dem Bausteine für die Erarbeitung eines Konzeptes zur Erhöhung des Frauenanteils in gehobenen Führungspositionen in der Landesverwaltung Sachsen-Anhalts entwickelt wurden. Ergebnisse des Workshops und die Vorschläge aus der „Kabinettsinformationsvorlage zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen der Landesverwaltung“ (Nr. 0138) vom 17. Oktober 2011 wurden Grundlage zur der Konzepterarbeitung. Damit im Zusammenhang stehend, wurden Themen wie „Frauenquote - Was ist zu beachten? Was ist zu tun?“ mit einem Expertenvortrag beleuchtet und der rechtliche Rahmen, in dem sich die Geschlechtergleichstellung in Bezug auf eine „Frauenquote“ bewegt, diskutiert.

Nach weiteren Abstimmungsprozessen entstand das Konzept „Karrierewege von Frauen als Teil eines erfolgreichen Gender Managements in der Landesverwaltung Sachsen-Anhalts“. Am 19. Juni 2012 beschloss das Kabinett dieses Konzept.

Auf der Grundlage des Kabinettsbeschlusses vom 8. November 2011 begann die IMAG im Februar 2012 das Formular der Staatskanzlei für Personalvorschläge der Ressorts an den Ministerpräsidenten unter gleichstellungspolitischen Aspekten zu überarbeiten. Die endgültige Fassung der Änderungsempfehlungen aus der IMAG lag am 19. September 2012 vor und wurde der Staatskanzlei übersandt, die den überwiegenden Teil der Empfehlungen in das nun gültige Formular übernahm.

Ebenfalls im Februar 2012 nahm die IMAG die Diskussion zur Fortschreibung des Gender Mainstreaming-Konzeptes der Landesregierung auf. Anknüpfend an Inhalt und Struktur des Konzeptes von 2004 wurde die Bestandsaufnahme aller Gender Mainstreaming-Aktivitäten seit 2005 vorbereitet und die strategische Ausrichtung des Konzeptes erörtert. Auf der Sitzung am 19. April 2012 billigten die IMAG-Mitglieder den Berichtsteil für die Jahre 2005 bis 2011. Parallel setzte die Diskussion zur Formulierung von gleichstellungspolitischen Landeszielen in Verknüpfung mit den EU-Vorgaben zur Gleichstellung der Geschlechter ein, die sich bis in die Beratung am 21. November 2012 zog. Ein erster Entwurf des Gender Mainstreaming-Konzeptes der Landesregierung wurde den IMAG-Mitgliedern im Januar 2013 zur Stellungnahme zugeleitet.

Zur Überführung von Gender Mainstreaming in die Verwaltungsroutine sind im Gender Mainstreaming-Konzept Vorhaben der Ressorts verankert, die sie unter dem Gender Mainstreaming-Ansatz in der regulären Facharbeit umsetzen wollen. Dazu wurde den Ressorts die Möglichkeit eröffnet, Unterstützungsleistungen des G/I/S/A zu nutzen. Die Ressorts nahmen dieses Angebot in unterschiedlicher Form an. Gleiches gilt für die vom G/I/S/A angebotenen Gender-Coachings für Führungs- und Fachkräfte.

Im Rahmen des Konzeptes „Karrierewege von Frauen als Teil eines erfolgreichen Gender Managements der Landesverwaltung Sachsen-Anhalts“ wurde ein jährliches gendersensibles Monitoring zur Stellenvergabe bei Führungspositionen in der Landesverwaltung beschlossen. Die IMAG verständigte sich hierzu auf das Verfahren und die Definition der zu erfassenden Führungspositionen. Mit Schreiben vom 4. Dezember 2012 wurden die Ministerien und die Staatskanzlei um die Übermittlung der Daten für dieses erste einheitliche und geschlechtersensible Monitoring mit Stichtag 31. Dezember 2012 gebeten. Es soll künftig jeweils im Januar eine Auswertung des Monitorings durch das Ministerium für Justiz und Gleichstellung gegenüber dem Kabinett erfolgen.

Insgesamt kann eingeschätzt werden, dass sich bei der Umsetzung des Gender Mainstreaming-Prozesses die organisatorische und fachliche Koordinierung durch die IMAG

bewährt hat und die weitere engagierte Zusammenarbeit der IMAG-Mitglieder auch künftig unverzichtbar sein wird.

2. Unterstützung der politischen Führung

Gender Mainstreaming als Handlungsstrategie in der Verwaltung zielt darauf ab, bei allen fachlichen und politischen Vorhaben die unterschiedliche Betroffenheit von Frauen und Männern zu reflektieren und geschlechtsspezifische Auswirkungen darzustellen. Mit diesem Ansatz wird die Ungleichheit der Geschlechter als eine politische Frage und damit als eine politisch zu lösende Aufgabe eingeordnet, die gesellschaftliche Grundwerte berührt. Letztendlich geht es um eine geschlechtergerechte Verteilung von Macht, Einfluss und Verantwortung. Daher verlangt dieses Politikfeld wie kein anderes eine Top-down-Strategie, d.h. eine sichtbare und engagierte Unterstützung des Prozesses in den obersten Führungsebenen und die Übernahme der Steuerungsverantwortung insbesondere durch die Personal-, Organisations- und Fortbildungsverantwortlichen. Sie schließt letztendlich aber die Führungskräfte aller Hierarchieebenen ein.

Um die oberste politische Führungsebene für das Thema zu sensibilisieren und insbesondere den Nutzen für die Facharbeit in den Ressorts deutlich zu machen, wurden mehrere Coachings durchgeführt. Drei Coachings für Führungskräfte fanden in den Jahren 2005 und 2007, vier im Jahr 2011 statt.

Die Coachings wurden von allen Beteiligten ausnahmslos als gelungen und hilfreich erachtet. Die guten Erfahrungen zeigen, dass das Angebot in der Kombination von individueller Information und persönlichem Feedback auch weiter bestehen sollte. Die Inanspruchnahme dieses Angebots wird den Ressorts nachdrücklich empfohlen.

3. Gender Mainstreaming-Anwendungsprojekte

Ein Schwerpunkt der Arbeit nach dem „Arbeitsprogramm 2005/2006“ lag auf den Gender Mainstreaming-Anwendungsprojekten. Jedes Ressort war beauftragt, im Berichtszeitraum mindestens ein Anwendungsprojekt zu identifizieren und auf den Weg zu bringen. Die IMAG begleitete und unterstützte die Auswahl und die Konzipierung der Anwendungsprojekte. Mit den Projekten sollte der Nachweis erbracht werden, dass sich mit Gender Mainstreaming fachpolitische Entscheidungsprozesse so gestalten lassen, dass sie die Gleichstellung der Geschlechter fördern und, dass sich durch diese Ex-ante-Folgenabschätzung Fachpolitik

selbst effektiver gestalten lässt. Nicht zuletzt sollten die Ergebnisse in Form von Leitfäden, Arbeitshilfen etc. übertragbar und nutzbar gemacht werden.

Die Projekte waren so ausgewählt, dass sie die Anwendung von Gender Mainstreaming in drei wesentlichen Bereichen erprobten:

- I. Vorhaben im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung, insbesondere bei der Einführung von Steuerungsinstrumenten
- II. Vorhaben mit externer Wirkung
- III. Maßnahmen im Rahmen der Normprüfung oder -setzung

Folgende Projekte wurden initiiert:

Zu Bereich I.

- Gesundheitsmanagement in der Polizei (MI)
- Qualitätsentwicklung bei der Vergabe von Studien und Gutachten – Gender Mainstreaming als Ansatz zur Nutzensteigerung des Informationswertes (MS)
- Weiterentwicklung der Leistungsvereinbarung zwischen dem Landessportbund und dem Land unter dem Aspekt von Gender Mainstreaming (MS)
- Gender Budgeting im Bereich Jugend (MF federführend, MS)
- Gender Mainstreaming im Kontext der neuen Steuerungsinstrumente an den Hochschulen (MW)

Zu Bereich II.

- Erarbeitung von Lehrplänen für die Grundschulen nach dem Gender Mainstreaming-Ansatz (MK)
- Qualitätsentwicklung bei Projekten zur beruflichen Eingliederung von Jugendlichen unter dem Aspekt von Gender Mainstreaming (MW)
- Landwirtschaftliche Berufsorientierung und Beratung zu Einkommensalternativen im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts unter dem Aspekt von Gender Mainstreaming (MLU)
- Gender Mainstreaming im ÖPNV – Schutzmaßnahmen und Richtlinien (MLV)

zu Bereich III.

- Gender Mainstreaming und Gesetzesfolgenabschätzung (MJ)
- Gender Mainstreaming bei Kabinettsvorhaben (Stk, MS sowie MJ)

Die Anwendungsprojekte wurden am 6. Oktober 2005 einer größeren Öffentlichkeit in einer Fachtagung des Ministeriums für Gesundheit und Soziales und des G/I/S/A vorgestellt. Die

Mehrzahl der Projekte war bis Anfang 2007 beendet worden. Das MLV konzipierte zwar ein Projekt, setzte es allerdings nicht um. Die übertragbaren Ergebnisse zur Anwendung von Gender Mainstreaming in den verschiedenen politischen Handlungsfeldern sollten in einem Handbuch zusammengefasst und im Jahr 2007 veröffentlicht werden. Aufgrund der Unterbrechung der kontinuierlichen IMAG-Arbeit ab 2007 wurde das Handbuch letztlich nicht fertiggestellt.

Die an den Anwendungsprojekten beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellten im Ergebnis fest, dass sie im Grundsatz vergleichbare Erfahrungen machen konnten. Diese sind für die Umsetzung von Gender Mainstreaming bei künftigen fachpolitischen Vorhaben wichtig und werden hier resümiert:

- Anhand der konkreten Anwendung an praktischen und tatsächlich durchgeführten Fachaufgaben lässt sich anschaulich demonstrieren, dass die Methode des Gender Mainstreaming zu zielgenaueren und effektiveren Arbeitsergebnissen führt.
- Ausführliche und anschauliche Dokumentationen ermöglichen es anderen Fachverantwortlichen, Gender Mainstreaming ebenfalls gewinnbringend anzuwenden.
- Am wirksamsten wird Gender Mainstreaming-Kompetenz in den konkreten Arbeitsprozessen, bei der Lösung konkreter fachlicher Aufgaben erworben. Deshalb sind Fortbildungen und Beratungen zu Gender Mainstreaming insbesondere dann sinnvoll, wenn sie projektbezogen und bezogen auf den unmittelbaren Aufgabenbereich der zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stattfinden. Die konkrete Arbeit sollte mit dem Aufbau der methodischen Kompetenzen verknüpft werden. Hierdurch kann auch die Motivation zur Teilnahme erhöht werden. Abstrakte Lehrveranstaltungen ohne Bezug zur eigenen Facharbeit fördern nicht nachweislich die Gender Mainstreaming-Kompetenz.
- Mit der Anwendung von Gender Mainstreaming ist beabsichtigt, dass gleichstellungspolitische Ziele in die konkreten fachlichen Ziele integriert werden. Die Verantwortlichkeit für gleichstellungspolitische Zielstellungen in der Facharbeit wird nicht immer als prioritär eingeschätzt. Vor jeder Anwendung von Gender Mainstreaming in der Praxis ist bei Beratungen und Fortbildungen dem Gespräch über den konkreten Nutzen von Gender Mainstreaming für die Facharbeit genügend Raum einzuräumen.

- Für eine Motivation zur Teilnahme an einem Gender Mainstreaming-Anwendungsprojekt ist es unabdingbar, Projekte auszuwählen, die einen fachlichen Nutzen für alle Beteiligten erwarten lassen.
- Für eine erfolgreiche Umsetzung eines Anwendungsprojektes / Vorhabens bedarf es personeller und ggf. auch finanzieller Ressourcen.
- Unabdingbar ist eine hinreichende Unterstützung durch die Vorgesetzten und die Ressortleitung (Top-down-Prinzip).
- Mit Hilfe der Projekte konnte der Nachweis erbracht werden, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern aktiv gefördert wird.
- Parallel zu den Beratungen und Qualifizierungen sind Arbeitshilfen eine wertvolle Unterstützung für die Anwendung von Gender Mainstreaming. Sie sind deshalb einem breiten Kreis von Anwendenden nutzbar zu machen bzw. als neue reguläre Instrumente verbindlich einzusetzen.
- Der Aufwand einer geschlechterdifferenzierten Datenanalyse und -auswertung lohnt sich. Auf dieser Basis entwickelte sich zum einen die Akzeptanz für die Notwendigkeit und den Mehrwert eines zielgruppendifferenzierten, gendersensiblen und vor allem wirkungsorientierten Vorgehens. Dem nicht zu leugnenden einmaligen Mehraufwand stehen sowohl ein erkennbarer Mehrwert als auch eine mittelfristige Aufgabenoptimierung gegenüber.

Spezielle Gender Mainstreaming-Anwendungsprojekte waren für die Erprobungsphase sinnvoll. Künftig werden es fachpolitische Vorhaben und Projekte sein, die in den Ressorts umgesetzt werden müssen. Insbesondere sollten dies solche Projekte und Vorhaben sein, die von langfristiger und strategischer Bedeutung für Sachsen-Anhalt sind und einen integrierten Gleichstellungsansatz und Gender-Sensibilität miteinander verknüpfen, also eine Verbindung von Fach- und Gleichstellungspolitik herstellen.

4. Arbeitshilfe „Gender Mainstreaming bei Kabinettsvorhaben“

Das Justizministerium führte im Jahr 2004 das Pilotprojekt „Gender Mainstreaming und Gesetzesfolgenabschätzung“ durch. Bei Gesetzesvorhaben ist gemäß § 38 Abs. 4 der GGO LSA eine Gesetzesfolgenabschätzung vorzunehmen, die die wesentlich beabsichtigten, aber

auch unbeabsichtigten Auswirkungen bzw. Nebenwirkungen eines Gesetzentwurfs untersucht. Die Anwendung von Gender Mainstreaming in diesem Zusammenhang umfasst eine Prüfung, ob der Gesetzentwurf unterschiedliche Auswirkungen auf Männer und Frauen hat und ob deshalb gegebenenfalls Änderungen notwendig sind, um Nachteile eines Geschlechts zu verhindern bzw. die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern. Nach viermonatiger Projektarbeit präsentierte das Justizressort seine Checkliste in der Interministeriellen Arbeitsgruppe: Die IMAG entschied, das Projekt des Justizressorts mit dem Projekt des Sozialministeriums und der Staatskanzlei „Gender Mainstreaming bei Kabinettsvorhaben“ zusammenzuführen, um eine gemeinsame Checkliste zu erstellen. Als Ergebnis entstand eine „Arbeitshilfe zur Anwendung von Gender Mainstreaming bei Kabinettsvorhaben“, die das Kabinett am 19. Oktober 2004 - als Grundlage für den gemäß § 38 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 GGO LSA I bei schriftlichen Kabinettsvorlagen abzugebenden „Gleichstellungspolitischen Bericht“ - für verbindlich erklärte.

Die Ressorts stellten die Anwendung der Arbeitshilfe vor allem über eine Veröffentlichung im Intranet ihrer Häuser sicher. Darüber hinaus erläuterten die Gender Mainstreaming-Verantwortlichen die Arbeitshilfe ihren Kolleginnen und Kollegen und beantworteten Fragen. Fortbildungen zur Einführung in die Arbeitshilfe anhand konkreter Kabinettsvorhaben wurden sowohl für diejenigen, die Kabinettsvorhaben in den Ressorts steuern, als auch für diejenigen, die mit der Erarbeitung von Kabinettsvorlagen beauftragt sind, angeboten und durchgeführt.

Allerdings führten die Bemühungen noch nicht dazu, dass die Arbeitshilfe in allen Häusern stringent angewandt wird und dass die „Gleichstellungspolitischen Berichte“ eine hinreichende Qualität aufweisen. Die Berücksichtigung der Arbeitshilfe ist vor allem auch vor dem Hintergrund des 4. Satzes des § 38 der GGO LSA geboten: „Bei Gesetzesvorhaben ist eine Gesetzesfolgenabschätzung (Auswirkungen auf Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger und Wirtschaft) abzugeben. Die Empfehlungen der Normprüfung und, wenn ihnen nicht gefolgt wurde, eine Begründung hierfür sind beizufügen.“

5. Gender Mainstreaming-Controlling

Die Einbeziehung des Gender Mainstreaming-Controllings in das bereits bestehende Controlling-System der Staatskanzlei DAP erlaubte eine Überwachung der für Gender Mainstreaming relevanten Vorhaben in der gewünschten ressourcenschonenden Form vorzunehmen. Bei der Eingabe in das DAP wurde die Beachtung von Gender Mainstreaming automatisch abgefragt.

In der laufenden Legislaturperiode einigten sich die Koalitionspartner auf eine enge Kooperation und einen engen Informationsaustausch zwischen der Staatskanzlei und den Ministerien zur Umsetzung der Koalitionsvereinbarung. Zur Koordinierung der Umsetzung wird das Computerprogramm PlnK genutzt, das das alte DAP-Verfahren ablöste. In dem neuen Computerverfahren sind die Gender Mainstreaming-Vorhaben „Chancengleichheit durch Gender Mainstreaming in Verwaltung und Politik“ und „EU-Förderung als Instrument zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit“ mit den konkreten Zielen als politisch bedeutsame Vorhaben hinterlegt. Das Controlling über die Erfüllung der Vorhaben liegt bei der Staatskanzlei.

6. Weitere Qualifizierung der geschlechterdifferenzierten Datenbasis sowie der handlungsleitenden Auswertung von Daten

Angesichts der Bedeutung, die geschlechterdifferenzierte Daten für die Qualität von Verwaltungsprozessen und ihre Wirkungen haben, setzten die Ressorts ihre Bemühungen erfolgreich fort, die in ihrem Bereich regelmäßig oder anlassbezogen erstellen und bislang noch nicht mit dieser Differenzierung vorliegenden personenbezogenen Daten (Studien, Geschäftsstatistiken, Gutachten, Berichte etc.) um das Merkmal Geschlecht zu erweitern.

Der Stand der Erhebungen im Hinblick auf die Geschlechterdifferenzierung wurde 2006 erneut evaluiert. Dabei wurde festgestellt, dass der Anteil der geschlechterdifferenzierten Datensätze deutlich zugenommen hat. Danach erhoben einige Ressorts ihre Daten bereits vollständig geschlechterdifferenziert. Das traf insbesondere auch für Fördermaßnahmen aus den EU-Strukturfonds zu, weil die EU geschlechterdifferenzierte Daten im Rahmen der Berichterstattung fordert. In anderen Ressorts fehlten nur noch bei wenigen personenbezogenen Daten die geschlechtsspezifischen Angaben. Hier führte allein die Nachfrage durch die IMAG dazu, dass künftig auch diese Daten geschlechterdifferenziert erfasst und ausgewertet werden sollen.

Handlungsbedarf ergab sich zu folgenden Fragen:

- In Gesetzgebungsverfahren auf Bundes- und auf Landesebene ist darauf hinzuwirken, dass bei der Normierung von Erfordernissen der Datenerhebung auch die Geschlechterdifferenzierung geregelt wird.
- Es ist bewusst zu machen, dass eine geschlechterdifferenzierte Datenerhebung nachweislich effektiv ist, weil sich die damit verbundene, häufig nur geringe Mühe im zielgenaueren Ergebnis der Arbeit niederschlägt. In den meisten Fällen liegen Daten bereits differenziert vor und müssen nur genutzt werden.

7. Forschungsprojekte

In der Kabinetttvorlage vom 19. Oktober 2004 fand eine Identifizierung der politischen Handlungsfelder statt, für die ein dringender Erkenntnisbedarf in Bezug auf die Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern gesehen wurde. Im Zuge dessen erhielt das G/I/S/A den Auftrag, folgende Projekte der angewandten Forschung zu realisieren:

1. Studie zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, vorgestellt auf der Konferenz „Handeln braucht Wissen. Forschung als Grundlage geschlechtergerechter Politik - Daten und Erkenntnisse für die Praxis“ am 23. November 2006
2. Analyse der Erwerbstätigkeit im Bauwesen vor dem Hintergrund der strukturell rückläufigen Beschäftigungsentwicklung in diesem Sektor (11/2005), Forschungsbericht veröffentlicht und Artikel zum Thema im Gender-Report 2006
3. Analyse der Situation von Schulabbrecherinnen und Schulabbrechern mit dem Ziel, Handlungsoptionen zur Gegensteuerung zu entwickeln (9/2006), Forschungsbericht veröffentlicht und Artikel zum Thema im Gender-Report 2006

8. Erweiterung der Gender Mainstreaming-Kompetenz

Für den Erfolg von Gender Mainstreaming ist es entscheidend, dass Führungskräfte und fachliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Ansatz vertraut sind, ihn anwenden können und als nützlich ansehen. Einige Ressorts setzten deshalb ihre Anstrengungen fort, den Aufbau von Gender Mainstreaming-Kompetenz bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aktiv zu fördern.

Des Weiteren hielt das Ministerium des Innern im zentralen Fortbildungsprogramm entsprechende Angebote vor, die aber nicht im geplanten Umfang genutzt wurden. Für 2005 und 2006 war deshalb das Fortbildungskontingent gekürzt worden. Die Gender Mainstreaming-Kurse fanden planmäßig statt, allerdings mit mäßiger Beteiligung. In den Jahren 2010 und 2011 fielen die Angebote - trotz Werbung in den Häusern und des Aus- und Fortbildungsinstitutes des Landes Sachsen-Anhalt (AFI) - wegen geringen Interesses aus.

Auf eine größere Nachfrage als geplant, stießen die Beratungs- und Bildungsmodule des G/I/S/A im Rahmen der Projektförderung aus Mitteln des ESF und des Landes. Diese Angebote richteten sich an die Landesverwaltung einschließlich nachgeordneter Behörden,

aber auch an Kommunalverwaltungen, Unternehmen, Verbände und Projektträger. Es handelt sich dabei um:

- Ad-hoc-Beratungen zur Anwendung/ Umsetzung von Gender Mainstreaming bei konkreten Vorhaben,
- Gender Mainstreaming Einführungs- und Aufbaufortbildungen,
- Coaching-Angebote für die Führungsebenen,
- Prozessbegleitung für Gender Mainstreaming Anwendungsprojekte.

Der Kompetenzgewinn durch Beratung am konkreten Arbeitsfeld ist wesentlich größer als durch allgemeine theoretische Fortbildungen. Daher wurde dieser Schwerpunkt der Beratungs- und Bildungsarbeit des G/I/S/A ausgebaut. Auch die Anwendungsprojekte haben gezeigt, dass Kompetenzbildung am wirkungsvollsten und nachhaltigsten an der konkreten Fachaufgabe geschieht. Diese Erfahrung wird für künftige Konzeptionen ausschlaggebend sein.

Beispiele für an der konkreten Arbeitsaufgabe orientierte Bildungsveranstaltungen waren im Berichtszeitraum 2005/2006:

- Kick-off-Workshop zum Anwendungsprojekt „Gender Budgeting im Bereich Jugend“,
- Workshop und hausinterne Fortbildungen zur Einführung in die Arbeitshilfe „Gender Mainstreaming bei Kabinettsvorhaben“ für Führungskräfte der Ressorts und für diejenigen, die Kabinettsvorlagen in den Ressorts steuern oder mit deren Erarbeitung beauftragt sind,
- Beratung im Rahmen der weiteren Qualifizierung der geschlechterdifferenzierten Datenbasis sowie der handlungsleitenden Auswertung von Daten,
- Beratung der Projektbeteiligten des Anwendungsprojektes „Integration der Gender-Dimension in Instrumente zur Erhöhung der Effektivität und Effizienz von Verwaltungshandeln am Beispiel des Leistungsvergleichs der Finanzämter“ im Rahmen des fachpolitischen Kontextes durch das G/I/S/A,
- Implementierung von Gender Mainstreaming durch Vorträge des G/I/S/A im Rahmen der „Informationsveranstaltung zur Erhöhung des Frauenanteils in Gremien im MF“,
- Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft „MF-rundum gesund!“ bei der Ausrichtung des „1. Gesundheitstages im MF“ durch fachliche Beratung, Präsentationen und Durchführung einer geschlechterdifferenzierten Befragung durch das G/I/S/A,
- Beratung bei der „Einführung eines Gesundheitsmanagementsystems in der Finanzverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt unter Einbeziehung der Gender Dimension“,

- Unterstützung des Justizministeriums beim Aufbau des speziellen Internetauftritts zu Gender Mainstreaming.

Am 29. Oktober 2009 fand im Sozialministerium eine gemeinsame Fachtagung mit dem Kultusministerium zum Thema „Exzellenz und Chancengleichheit - Geschlechtergerechte Bildung als Herausforderung für Hochschulen“ statt. Ziel war es zu diskutieren, wie Geschlechtergerechtigkeit als wichtiger Entwicklungsansatz innerhalb der Wissenschaftseinrichtungen zu verfolgen ist.

Eine Reihe von Ministerien verstetigten die Ergebnisse ihrer Fachprojekte bzw. überführten die entstandenen Produkte in die Praxis. So wurde beispielsweise im Jahr 2008 das Projekt „Gesundheitsmanagement in der Polizei“ des Innenministeriums in die Verwaltungsroutine überführt. Das fachpolitische Vorhaben diente der Reduzierung von Erkrankungen, der Stärkung von Gesundheitspotentialen und der Verbesserung des Wohlbefindens am Arbeitsplatz. Die geschlechterdifferenzierte Auswertung aller zur Verfügung stehenden Daten hinsichtlich des Krankheitsgeschehens ermöglichte und ermöglicht die Erarbeitung von zielgruppenspezifischen Maßnahmen zur Personalentwicklung mit dem Ziel, die soziale Kompetenz von Vorgesetzten zu erhöhen, damit die Zusammenhänge zwischen Dienstbedingungen und Gesundheitszustand unter Berücksichtigung der identifizierten Unterschiede zwischen Männern und Frauen erkannt und berücksichtigt werden können. Außerdem wurde der Landesarbeitskreis „Gesundheitsmanagement in der Polizei“ gebildet, der über eine Koordinierungsstelle die Arbeitskreise „Gesundheit“ der Behörden und Einrichtungen betreut, zentrale gesundheitsrelevante Themen bearbeitet und Lösungsvorschläge für das Innenministerium erarbeitet.

Das Kultusministerium bearbeitete im Zeitraum von Juli 2003 bis August 2006 das Projekt „Erarbeitung von Lehrplänen für die Grundschule nach dem Gender Mainstreaming-Ansatz“. Anliegen war es, Gender Mainstreaming in der neuen Lehrplangeneration der Grundschulen zu verankern, um insbesondere Einfluss auf den Abbau tradierter geschlechtsspezifischer Wahrnehmungen und Vorgehensweisen zu nehmen. In der Folge sollten die vorherrschenden Geschlechterrollen verändert sowie eine Bewusstseinsentwicklung bei den Lehrerinnen und Lehrern hinsichtlich der Unterschiedlichkeit von Jungen und Mädchen und der daraus resultierenden Notwendigkeit eines pädagogischen, didaktischen, methodischen und ggf. strukturellen Umdenkens im Schulalltag und im Umgang miteinander erreicht werden (Ausprägung von Gender-Kompetenzen). Das Projekt wurde im August 2006 erfolgreich abgeschlossen. Sowohl im bis heute gültigen Grundsatzband als auch in den Fachlehrplänen der Grundschulen wurde die Gender-Thematik verankert.

Abkürzungsverzeichnis

AFI	Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes Sachsen-Anhalt
AG	Arbeitsgruppe
DAP	Digitales Arbeitsprogramm
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
G/I/S/A	Gender-Institut Sachsen-Anhalt PartnG
GGO	Gemeinsame Geschäftsordnung der Ministerien
GM	Gender Mainstreaming
IMAG	Interministerielle Arbeitsgruppe
LSA	Land Sachsen-Anhalt
MJ	Ministerium für Justiz und Gleichstellung
MI	Ministerium für Inneres und Sport
MS	Ministerium für Arbeit und Soziales
MK	Kultusministerium
MLU	Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt
MLV	Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr
MF	Ministerium der Finanzen
MW	Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PlnK	Politische Information und Koordinierung
Stk	Staatskanzlei
WiSo	Wirtschafts- und Sozialpartner



Herausgegeben vom
Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt
- Referat Presse und Öffentlichkeitsarbeit -
Domplatz 2 - 4, 39104 Magdeburg
Tel. 0391 567-6234, -6230, -6235; Fax 0391 567-6187
E-Mail: presse@mj.sachsen-anhalt.de
Internet: www.mj.sachsen-anhalt.de

Veröffentlichung: September 2013

Hinweis:

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt veröffentlicht. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger/ der Empfängerin zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.